

**Rede  
des polizeipolitischen Sprechers**

**Karsten Becker, MdL**

zu TOP Nr. 28

Erste Beratung

**Einrichtung einer Regierungskommission –  
politische Versäumnisse in der Sicherheitsstruktur  
aufarbeiten und verbessern**

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 18/1385

während der Plenarsitzung vom 24.08.2018  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Anrede,

das war ja mal eine abenteuerliche Interpretation der Ergebnisse des 23. Untersuchungsausschusses. Sie versuchen hier zu suggerieren, dass es konzeptionelle Mängel unserer Sicherheitsbehörden sind, die einer wirksamen Bekämpfung des islamistisch motivierten Terrorismus entgegenstehen.

Im Kern ist das nun wirklich nicht mehr als eine Resteverwertung Ihrer Wahlkampfstrategien aus der zurückliegenden Landtagswahl. Es mag Ihnen im Kontext des Wahlkampfs 2017 ja vielleicht hilfreich erschienen sein, die steile These in die Welt zu setzen, die niedersächsischen Sicherheitsbehörden, insbesondere die Polizei, seien unzureichend aufgestellt und nicht in der Lage, die Sicherheit in Niedersachsen zu gewährleisten.

Richtig ist das nicht. Richtig – meine Damen und Herren – ist das Gegenteil.

Richtig ist, dass die Polizei in Niedersachsen beispielgebend gut aufgestellt ist. Richtig ist, dass die niedersächsische Polizei über hervorragend motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügt.

Richtig ist, dass die Kriminalitätsbelastungszahlen in Niedersachsen seit Jahren zurückgehen. Neben den registrierten Straftaten um - 6,4 Prozent ist insbesondere das Risiko der Bürgerinnen und Bürger, Opfer einer Straftat zu werden, im vergangenen Jahr erneut gesunken. Auf 6.321 Fälle pro 100.000 Einwohner. Ein Wert, der seit 1981 und damit seit fast 40 Jahren nicht mehr erreicht werden konnte.

Das – meine Damen und Herren – ist die Bilanz einer gut organisierten und engagiert arbeitenden niedersächsischen Polizei. Und innerhalb des gesamten Spektrums polizeilicher Aufgabenwahrnehmung sollen diese Attribute ausgerechnet für den wichtigen Bereich des internationalen Terrorismus nicht gelten, meine Damen und Herren von der FDP? Das ist wenig überzeugend. Und wenn Sie dabei sich auf Ihre Interpretation der Ergebnisse des 21. Untersuchungsausschusses beziehen, ist das eindeutig zu wenig.

Richtig ist, dass systematische und strukturelle Fehler aus den Untersuchungen und Zeugenbefragungen gerade nicht ersichtlich geworden sind.

Richtig ist, dass der Informationsaustausch zwischen den Polizeibehörden und mit dem Verfassungsschutz gut funktioniert.

Und richtig ist vor allem, dass die niedersächsische Polizei eine erfolgreich lernende Organisation mit einer konstruktiven Fehlerkultur ist.

Meine Damen und Herren von der FDP, wenn die Analyse schon nichts taugt, dann kann man mit den daraus abgeleiteten Vorschlägen auch nichts anfangen. Und unter diese Bewertung ordnen wir dann auch Ihre Forderung nach einer Regierungskommission ein. Eine Regierungskommission einzusetzen und bis dahin die Hände in den Schoß zu legen, ist weder erforderlich noch in irgendeiner Weise sinnvoll.

Dann stellt sich aber die Frage, warum Sie überhaupt so etwas vorschlagen?

Ich glaube, Sie haben Angst vor der eigenen Courage. Angst, weil Sie hier eine Kampagne befeuern, die das Reformgesetz zum Gefahrenabwehrrecht als überflüssig darstellen soll. Das ist zweischneidig, meine Damen und Herren von der FDP. Denn damit verstellen Sie den Blick fürs Wesentliche.

Anrede,

wir brauchen die Novellierung unseres Gefahrenabwehrrechts, weil wir es mit völlig veränderten Erscheinungsformen des islamistisch motivierten Terrorismus zu tun haben. Wir haben im Vorfeld einer terroristischen Tat eben keine Straftaten mehr, die ein repressives Eingreifen unserer Sicherheitsbehörden auf Ebene des Strafprozessrechts ermöglichen. Da hilft auch Ihre bloße Anscheins-erweckung nichts. Ihre Regierungskommission ist weniger als eine Scheinlösung.

Anrede,

Sie müssen der Polizei schon die Instrumente zur Verfügung stellen, die sie benötigt, um der veränderten Phänomenologie zu begegnen. Wenn Sie einem

Maurer die Kelle wegnehmen, dürfen Sie sich auch nicht wundern, wenn er aufhört zu mauern. Und um im Bild zu bleiben: Ihre Brandschutzmauer ist nicht mehr als ein Haufen zusammengekippter Steine. Nichts, was Sie dem islamistisch motivierten Terrorismus wirksam entgegenstellen können. Das ist viel zu wenig.

In diesem Haus gibt es eine breite Mehrheit, die die Sicherheitsherausforderungen wirksam angeht. Und darum hat Ihr Antrag keine Chance auf Umsetzung.

So viel schon mal als Ausblick auf die Ausschussberatungen.